



Zelle durch Einnahmen gedeckt werden. Das müsse zu einer neuen Schuldenwirtschaft führen. Die Ministergehälter spielen finanziell keine Rolle. Man erhebe in Sachsen nicht mehr Steuern, als diejenigen Länder, die eine andere Regierung hätten.

Nach Ablehnung sämtlicher Winderheitsanträge wird das Gesetz in der Fassung des Ausschusses angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Kommunisten sowie der Abg. Röllig (D. Sp.) und Jähmig (Dem.)

Es folgt die erste Beratung der Vorlage über den Vermögensvergleich und die Stundungsgesetze.

Die Abg. Weigel (Dem.) und Schmidt (D. Sp.) halten die vorgeschlagenen Sätze für zu hoch und bezeichnen sie als Wucherzinsen.

Finanzminister Dr. Reinhold führte aus, die Regierung behaupte, daß sie keine geringere Summe als 5 Prozent für je einen halben Monat in Vorschlag bringen könne. Aber sie müsse sich an die Richtlinien des Reiches halten. Auf eine Vorstellung in Berlin habe man eine abschlägige Antwort erhalten.

Die Vorlage geht an den Rechtsauschuß. Nunmehr werden verschiedene Kapitel des Staatshaushaltplanes erledigt. Das geschieht zum Teil ohne Bericht und Aussprache.

### Von Stadt und Land.

aus, 2. Juli.

#### Die Kreditnot der sächsischen Industrie.

Die bereits angekündigte Besprechung von Vertretern der sächsischen Industrie mit dem Reichsbankdirektorium über Möglichkeiten zur Abhilfe der Kreditnot der sächsischen Industrie hat nunmehr stattgefunden. An der Besprechung nahmen Vertreter der verschiedenen sächsischen Industriegebiete teil, welche vor allem der Textilindustrie, dem Maschinenbau und der Metallverarbeitung angehörten. Im Auftrage des Gesamtverbandes des Reichsbankdirektoriums, der in den letzten Tagen die Abhilfe der gang und gäbe drückenden Kreditnot zum Gegenstand besonderer Beratung gemacht hatte, wurde dem Reichsbankdirektorium dargelegt, daß verschiedene, namentlich bezeichnete Großbetriebe bereits stillgelegt sind, daß weitere Stilllegungen in der nächsten Woche unausbleiblich sind, daß im Zusammenhange damit auch umfangreiche Räumigungen an Angestellten erfolgt sind. Der wiederholt öffentlich erdörte Widerstand der Reichsbank, daß die Wirtschaft durch gezwungenes Abstoßen von Warenvorräten, gegebenenfalls auch zu gebürdeten Preisen, doch zu einer größeren Geldflüssigkeit gelangen könne oder vielmehr müsse, lege doch voraus, daß die Käufer zum Bezahlen in der Lage seien. Tatsächlich sei aber die Kreditnot in den Abnehmertreuen mindestens ebenso groß. Außerdem konnten die in der Besprechung vertretenen Industriezweige feststellen, daß bei ihnen von erheblichen Warenvorräten keine Rede sei, da vor der Verschärfung der Kreditnot lebhafte Absatz geherrscht habe und es auch jetzt nicht an Aufträgen fehle, sondern eben an Kapital für die Fortsetzung der Produktion. Allenfalls werden auch in sich gesunde Wirtschaftszweige dadurch lahmgelegt, daß ihre Räumung kein Geld hat und nicht zahlt. Übereinstimmung mit dem Reichsbankdirektorium bestand dahin, daß der Kreditnot der wirtschaftliche Mangel an Betriebskapital in der gesamten deutschen Wirtschaft zugrunde liegt und daß dem nicht durch Schaffung von Papiergeld für neue Kredite, also nicht durch eine neue Inflation, abgeholfen werden kann und darf. Dagegen soll die Kreditpolitik der Reichsbank keineswegs in dem Sinne

stark gehandhabt haben, daß Firmen nur in dem Umfang Wechsel diskontieren dürfen, in welchem sie etwa nach dem Stande vom 7. April Kredit genossen, sondern der Stand vom 7. April soll nur insgesamt die Kreditsumme ungefähr festlegen. Das Direktorium hat schon vor kurzem einen Antrag an die Reichsbankstellen gegeben, durch den diese angewiesen werden, im Rahmen ihres Kreditkontingentes einen Ausgleich der volkswirtschaftlichen legitimen Kredite herbeizuführen und über die Fälle, in denen auf diesem Wege nicht geholfen werden kann, dem Reichsbankdirektorium direkt zu berichten. Die Vertreter der sächsischen Industrie legten dar, daß gegenüber der Kreditnot nicht ausschließlich Gesichtspunkte der Währungspolitik in Betracht gezogen werden dürften, sondern ebenso bei Beurteilung dieser Frage auch die Notwendigkeiten der Produktion und die innerpolitischen, sozialen und kulturellen Gefahren gewürdigt werden, die darin bestehen, daß die Industriebetriebe in absehbarer Zeit stilllegen und die ungeheuren Massen der sächsischen Arbeiter damit brotlos werden. Als erwünscht wurde die umfangreiche Verwendung des Handelwechfels als Umlaufmittel innerhalb der miteinander verbundenen Produzenten bezeichnet, wobei jedoch zur Zeit die Schwierigkeit besteht, daß nicht wie früher jederzeit dieser Wechsel durch Diskontierung zu Geld gemacht werden kann. Der vielfach in der Öffentlichkeit ausgetauchte Gedanke eines allgemeinen Moratoriums wurde als unmöglich mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen, wobei nur zu bedauern ist, daß die Kreditnot fast allgemein zu Zahlungsstillschließungen hindrängt, die praktisch einem Moratorium gleichkommen.

#### Mietzinssteuer.

Durch die Verhältnisse der Gegenwart, wo durch die große Kreditknappheit und die damit verbundene, sich immer mehr steigende Stokung der Geldbewegungen, die Vertriebe in die schwierigste Lage verlegt worden sind, bedeuten die übermäßigen Steuersummen, die von den Betrieben monatlich aufgebracht werden müssen, eine Belastung, die so nicht länger getragen werden kann. Der Industrie ist es unter solchem Druck kaum mehr möglich, die fälligen Lohn- und Gehaltsforderungen aufzubringen und die Betriebsausgaben zu decken. Unter den monatlich abzuführenden Steuern wirkt die Mietzinssteuer, die auch auf die industriellen Grundstücke und Gebäude, selbst wenn sie dem Unternehmer gehören, bezahlt werden muß, ganz besonders drückend und ungerecht. Der Verband sächsischer Industrieller hat daher an das sächsische Finanzministerium und den sächsischen Landtag den Antrag gestellt, die gewöhnlichen Grundstücke und Gebäude von der Mietzinssteuer zu befreien, da ihre Veranlagung nicht dem Sinn und dem Zweck der dritten Steuernotverordnung entspricht, insbesondere weil der Ertrag und somit der Aufwandswert der gewöhnlichen Grundstücke und Gebäude durch Grund- und Gewerbesteuer bereits hinlänglich erfasst sei. Unter den gegebenen Verhältnissen, deren Veränderung für absehbare Zeit gar nicht erwartet werden kann, kann eine Erhöhung der Mietzinssteuer, wie sie jetzt vom Landtage geplant wird, für gewerbliche Grundstücke überhaupt nicht in Frage kommen, da bei der Überlastung der gesamten Wirtschaft durch Reichs- und Landesbesteuerung die Erhöhung einer Steuer die Grenze des Tragbaren überschreiten würde. Darauf sei an dieser Stelle nochmals besonders hingewiesen.

#### Die Hausbesitzer zur Aufwertungssteuer.

Der Vorstand des Verbandes der sächsischen Hausbesitzervereine hat sich in einer Sitzung mit der Vorlage 198 der sächs. Regierung betr. Regelung der Aufwertungssteuer und

den Beschlüssen des Rechtsausschusses des Landtages Herrn besetzt. Nach Kenntnisnahme von dem Stand der Dinge hat der Vorstand einstimmig beschlossen:

1. Eine Abordnung des Verbandes wird beim Reichsbankdirektorium vorgelegt. Diese Herren werden unter Überreichung entsprechender Materialien dem Reichsbankdirektorium dargelegt, daß die Verordnung des sächsischen Finanzministeriums vom 14. Juni 1924 betr. die Miete ab 1. Juli 1924 den Bestimmungen von § 8 Abs. 2 des Reichsmietengesetzes und § 27 Abs. 3 der S. Steuernotverordnung zuwiderläuft, da der dort ausgesetzene Mietzins eine ordnungsgemäße Unterhaltung und Instandsetzung des alten Hausbestandes gefährdet.
2. Es soll im Wege gesetzlicher Klage festgelegt werden, daß die sächsische Regierung ihren Pflichten, die ihr aus den beiden genannten Gesetzesbestimmungen erwachsen, nicht nachgekommen ist, und daß die Verordnung des Finanzministeriums vom 14. Juni 1924 daher rechtsunwirksam ist.
3. Die Verbandsleitung wird in kürzester Frist den Gesamtvorstand des Verbandes (Landesausschuß) einberufen, um weitere Maßnahmen gegenüber der sächsischen Regierung auf breiterer Grundlage zu beraten.

Der Vorstand des Verbandes der sächsischen Hausbesitzervereine bedauert aufrichtig, daß die sächsische Regierung die ihr durch die S. Steuernotverordnung erteilte Ermächtigung zusammen mit der Neuregelung des Mietzinses eine Steuer zu erheben, rein in fiskalischem Interesse benutzte und den Bedürfnissen des alten Hausbestandes nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend Rechnung trägt. Der Verbandsvorstand behält sich deshalb weiterhin vor, den ganzen organisierten sächsischen Hausbesitz zu Protestmaßnahmen gegen dieses Vorgehen der sächsischen Regierung aufzurufen.

#### Anton Ohorn 4.

Hofrat Professor Dr. Anton Ohorn ist Montag abend 11 Uhr 15 Min. in Chemnitz in seiner Wohnung nach langem Leiden sanft entschlafen.

Die schmerzliche Kunde wird in den weitesten Kreisen unserer Bevölkerung, nicht nur der Stadt Chemnitz und des Sachsenlandes, nein auch unseres weiteren Vaterlandes, nicht zuletzt drüben bei unseren deutschen Brüdern in Böhmen tiefe Trauer erwecken. Vor wenigen Wochen waren 60 Jahre seit dem Tode vergangen, an dem Anton Ohorn seinen Wohnsitz in Chemnitz nahm. Sein Verant an den Technischen Staatslehranstalten schuf die Grundlage für seine hervorragende Stellung. Wie er mit dem unerschöpflichen Reichtum seines gelehrten Wissens und seiner wirklich seltenen Redegabe die Herzen seiner Schüler für die deutsche Dichtung zu entzünden wußte, so hat er als schaffender Dichter und Schriftsteller, als Vortragredner und Leiter literarischer Gesellschaften unendlich viel gegeben.

Eine notwendige Anfrage an die sächsische Regierung. Die Deutschnationale Fraktion hat folgende Anfrage im Landtage eingebracht: Der Ministerpräsident Freund ist mit Wirkung vom 1. Juni d. J. unter Beobachtung von Wartegeld in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen sind sonstigen Regelfällen wurden ihm hierbei rund 17 Dienstsahre, also die gesamte Zeit vom 17. Lebensjahre an, und zwar gegen den Einspruch des Finanzministeriums und des Staatsrechnungshofes, angerechnet, wobei der junge, arbeitsfähige Mann von kaum 84 Lebensjahren, der nur elf Monate Staatsdienst in Sachsen geleistet hat, nach dem jetzigen Stande der Befolgung ein lebenslängliches Wartegeld von monatlich rund 660 Mark erhält. Wie will die Staatsregierung diese Maßnahme mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Staates und den staatlichen Berufsbeamten gegenüber rechtfertigen?

### Das Chamäleon.

Von Sven Eivestad.  
Autorisierte Uebersetzung von Gertrud Bauer.  
(87. Fortsetzung.)

#### Bewunderrührendes Kapitel. Der eifrig Wald.

Als Deutnant Rosenkrantz den Mann hinter dem Baum verschwinden sah, dachte er einen Augenblick, es könnte ein Dieb sein. Schon wollte er Alarm schlagen, aber er bedachte sich. Wenn es nun doch kein Dieb wäre, und wenn das sonderbare Benehmen des Mannes mit dem Geheimnis im Herrenhause in Verbindung stände, dann wäre es vernünftiger, keine Deute herbeizurufen. Rosenkrantz schlich sich deshalb den Baum entlang, bis dieser ein Ende hatte. Dort hoffte er den Mann zu entdecken, da dort nur freies Feld war. Er sah sorgfältig darauf acht, immer im losen Schnee zu gehen, damit seine Tritte auf der hartgefrorenen Straße nicht knirschen sollten. Nach wenigen Sekunden war er an dem Punkte angelangt, wo der Baum ein Ende hatte. Er beugte sich vor. Im ersten Augenblick konnte er nichts entdecken. Die schneebedeckten Felder lagen weiß und still vor ihm da, so weit sein Blick in der Dunkelheit dringen konnte. Eben als er hervortreten wollte, nahm er aber wieder eine Bewegung wahr. In dem dunklen Schatten, den der dicke Bretterzaun warf, sah er etwas sich bewegen, und gleich darauf glitt eine dunkle Gestalt aus dem Schatten hervor. Das war der Mann, der über den Baum gehrungen war; er konnte ihn an den Bewegungen sofort wieder.

Und nun überkam ihn die Gewißheit, daß etwas Eigentümliches und Merkwürdiges los sein mußte, denn der geheimnisvolle Nachtwandler trat mit einer Bestimmtheit und Schlußheit auf, als ob er ein alter Indianer auf dem Kriegspfad wäre. Er fand eine Weile still, geduckt und gleichsam lauernd, und es war ihm offenbar sehr darum zu tun, nicht gesehen zu werden, was auf diesem Weg leicht hätte der Fall sein können, da er trotz der kalten Stunde häufig nach dem Westen, die vom Bahnhof kamen oder dort hin gingen, belebt war. Bei Nacht leuchtet der Schnee, und wenn kein Nebel oder bedeckter Himmel ist, kann man auf der weißen Fläche sich bewegende Gestalten auf weite Entfernung wahrnehmen. Das eben hatte sich die geduckte Gestalt auch überlegt. Denn sie schlich sich zum Baum entlang bis zu

einem Erdwall, der vom Spargarten bis zum nahen Wald führte. Sobald sie diesen Erdwall erreicht hatte, folgte sie ihm in seiner ganzen Länge. Wenn sie gebückt ging, konnte sie kaum gesehen werden. Was sollte nun Rosenkrantz tun?

Der Deutnant begriff, daß es sehr schwierig sein würde, dem Mann zu folgen, sobald dieser einmal den Wald erreicht hatte, denn zwischen den hohen Fichtenstämmen war es sehr finster. Rosenkrantz beobachtete sich nicht lange. Er richtete sich auf und ging auf der Straße weiter, als ob er nichts gehört oder gesehen hätte. Er wußte, daß er doch wieder mit dem Fremden zusammentreffen mußte, denn bei der Höhe des Schnees war durch den Wald nur auf der gebahnten Straße vordrängen zu können. Der Fremde mußte allwieder auf diese herunter. Der Deutnant ließ seine Biarrre glücken, einmal um anzubeden, daß er auf einen ungewöhnlichen Spaziergang begriffen sei, zum andern, um dem Fremden sein Besitzt zu zeigen; welchen Befolgen dieser auch fürchten mochte, jedenfalls konnte er nicht Deutnant Rosenkrantz sein.

Als Rosenkrantz unter den Baumstämmen angekommen war und wußte, daß ihn die Finsternis verschlungen hatte, erschrak er leicht vor einem Gedank, daß er nicht zu hören erwartete hatte. Er fuhr zusammen, denn er meinte, in seiner nächsten Nähe vorläufig Schritte zu hören. Unwillkürlich blieb er stehen und horchte, da er aber nichts mehr hörte, ging er rasch weiter und dachte, es könnte vielleicht ein vom Frost geknickter Zweig gewesen sein. Es herrschte in dieser Nacht wirklich sehr scharfe Kälte, der Wind blies aus dem eisigen Wald heraus und schnitt ihm ins Gesicht, aber er war ein Duzend Schritte gegangen, als er dasselbe Geräusch wieder vernahm, und diesmal konnte kein Zweifel sein; es waren wirklich Schritte Schritte, die gingen, wenn er ging, und die stehen blieben, wenn er stehen blieb, und die unmöglich von dem Manne hinter dem Erdwall herrühren konnten, denn dieser konnte die Straße nach nicht erreicht haben.

Nun wurde es Rosenkrantz ein bißchen unheimlich kummte. Er war persönlich ein sehr ruhiger Mann, aber seine Nerven waren durch die rätselhaften Ereignisse der letzten Tage etwas angegriffen, und diese kleinen Ueberfallungen, die rätselhaften Dinge um sich her, die er bemerkt hatte, gingen ihm sehr wider den Strich. Außerdem war ihm das Dunkel sehr lästig, er konnte nicht sehen und wollte versuchen, so rasch als mög-

lich aus dem Walde hinauszukommen. Er reckte die Hände in die Tasche, dampfte los mit seiner Zigarre und schritt weiter. Und wieder hörte er Schritte, und diesmal kam es ihm vor, als seien sie dicht hinter ihm. Eben wollte er sich umdrehen, da hörte er eine Stimme vom Rande des Waldes flüstern:

„Gehen Sie weiter!“

Er zögerte.

„Weiter, zum Teufel, gehen Sie weiter!“ flüsterte die Stimme, und diesmal viel heftiger als zuvor.

Rosenkrantz wurde etwas verwirrt; er meinte, er sollte die Stimme kennen, wußte aber im Augenblick nicht recht, woher er sie kannte. Aber das flüstern klang so befehlend, daß Rosenkrantz unwillkürlich gehorchte. Er ging weiter, und nun hörte er die Schritte ganz deutlich hinter sich.

Nur ein einziges Mal blieb er stehen, aber da hörte er sofort wieder das heftige flüstern:

„Weiter!“

Er sah zurück und entdeckte einen Schatten, der ihm nachdenklich groß und breit erschien; es war, als stände in Abse hinter ihm, und unwillkürlich beschleunigte er seine Schritte.

Endlich wurde der Wald heller, und das freie Feld vor ihm. Als er aber von dem hellen Schneefeld nur noch einige hundert Schritte entfernt war, hörte er dieselbe flüsternde Stimme befehlen:

„Halt!“

Er blieb stehen.

„Gehen Sie in den Wald hinein!“ flüsterte die Stimme. Er zögerte.

„Rück, hinein in den Wald!“

Diesmal klang die Stimme so drohend, daß Rosenkrantz ohne weiteres hinter einen der hohen Fichtenstämme glitt. Aber nun fing es an ihn zu ergern, daß er sich von dieser unbekannten flüsternden Stimme ohne Befehl geben lassen, und er fragte darum rasch: „Wer sind Sie?“

Sofort bekam er die Antwort:

„Kein Wort! Weiden Sie ganz still stehen!“

Rosenkrantz begriff, daß es ernst war.

Und nun hörte er auch wieder hinten auf der Straße Schritte, vorläufige Schritte.

„Das muß der Mann aus dem Spargarten sein!“

rachte Rosenkrantz.

(Fortsetzung folgt)

**Verkehrsbehörden und Verkehrsbehörden.** Strafs-  
Kriegsgerichte haben die Befugnis, Anhaltungsverträge  
mit den höheren Beamten der Gesellschaft abzuschließen, einem  
Personalanspruch übertragen, weil man mit Recht den Be-  
triebsratsmitgliedern in Kaufmann keinen Einfluss auf die  
Verwaltung der leitenden Personen im Betriebe einzuräumen  
wollte. Die Betriebsratsmitglieder hatten daraufhin ver-  
langt, in dem Personalanspruch vertreten zu sein und ihr Be-  
gehren auf dem Rechtsweg durchzusetzen versucht. Das  
Reichsgericht hat nunmehr die Klage abgewiesen.

**Die Klage für Juli** bezieht im Hinblick auf die gestrigen  
Beschlüsse des Landtages, wonach die Mietsteuer von  
bisher 15 Prozent auf 1. Juli auf 27 Prozent heraufgesetzt  
wurde, 85 Prozent. 28 Prozent davon verbleiben also dem  
Hauswirt. Die beiden Zahlen 28 Prozent und 27 Prozent  
verglichen, müssen jedem Denkerden klug machen und  
jedem Menschen muß sich die Frage aufdrängen, wozu es  
noch führen soll, wenn alles Geld aus dem Volke heraus-  
gezogen und dem unerfülllichen Fiskus beziehentlich den öffent-  
lichen Kassen zugeführt wird. Man denke! Fast dieselbe  
Summe, die dem gesamten Hausbesitz für Verzinsung von  
Hypotheken und für Verwaltung zusteht, bekommen Reich,  
Staat und Gemeinden. Dabei ist noch zu berücksichtigen,  
dass von dem Gelde, das die Hausbesitzer erhalten, ein großer  
Teil ebenfalls in dieselben Kassen kommt in Gestalt von  
Grundsteuern, Brandlastenbeiträgen, Wassersteuern u. s. f. Die  
kommende Zeit wird es lehren, wie mit den Riesensummen  
gewirtschaftet, wann nun endlich der Wohnungsbau einle-  
gen und in welchem Tempo der Wohnungsnot abgeholfen wird.

**Mittwoch, Donnerstag, den 3. Juli, abends 8 Uhr,**  
findet im Stadthaus, Säuglingsfürsorgezimmer, wieder ein  
Mittwochabend statt, zu dem alle jungen Mütter unserer Stadt  
herzlich eingeladen werden. Es wird gesprochen über das  
Thema: Zwecke und Ziele der Gesundheitsfürsorge.

**Erziehungs-Mittwoch (Bezirksamt) Schwarzenberg.** Die  
täglich Verpflegten betragen vom 1. Juli 1924 ab: Ar-  
beitsfähige Verpflegte 1 Mt., nicht arbeitsfähige Verpflegte  
1,25 Mt., beförderer Pflege bedürftige Verpflegte 1,50 Mt.,  
Kinder 0,80 Mt., Säuglinge 1,20 Mt., Säuglinge, krank,  
1,30 Mt., Krankenabteilung 3 Mt.

**Jagdsteuerordnung für den Bezirksverband der Amts-  
hauptmannschaft Schwarzenberg.** Der Bezirksverband hat eine  
Jagdsteuer beschlossen aus der folgenden hervorgehoben sei:  
Steuerpflichtig sind die Personen, denen innerhalb des Be-  
zirks der Amtshauptmannschaft auf einem Genossenschafts-  
oder einem Eigenschaftsbesitzes Jagdpachtvertrag oder  
nach §§ 3, 4 des Jagdgesetzes vom 1. Dezember 1884 das  
Jagdrecht zusteht. Die Steuer wird nach der Größe der jagd-  
baren Fläche berechnet. Sie beträgt jährlich für jeden vollen  
Acker jagdbarer Fläche a) für Eigenschaftsbesitzer und solche  
Jagdpächter, die der Jagdgenossenschaft angehören 20 Gold-  
pfennig, b) für andere Jagdpächter 40 Goldpfennig. Mit die  
Jagd verpachtet, so beträgt die Steuer aber mindestens 50 v.  
d. der Jahrespachtsumme. Der Jahrespachtsumme sind sämt-  
liche auf Grund des Jagdpachtverhältnisses bewirkten Neben-  
leistungen, auch Jagdschüsse, Störungen u. dergl., hinzu-  
zurechnen und in Geldwert umzurechnen, soweit sie nicht in Geld  
gemindert werden. Soweit sich zur Zeit der Steuerveran-  
lagung der Wert der Nebenleistungen noch nicht berechnen  
läßt, bleibt die nachträgliche Festsetzung ihres Wertes und  
entsprechende Nachveranlagung vorbehalten. Die Steuerord-  
nung tritt mit Wirkung vom 1. April 1924 an in Kraft.

**Radio-Apparate für Blinde** fertigt der Fundverein  
Dresden durch seine Mitglieder an. Es ist geplant, zunächst  
einen solchen Apparat in dem Blindenheim Dresden aufzu-  
stellen, damit dort die Vorfahrungen geübt und nach Bedarf  
Blinde in die Handhabung des Empfangs-Geräts eingeführt  
werden können. Weiter sollen dann zunächst ähnliche Heime  
ausgestattet werden, auch für Anstalten der Inneren Mission  
ist das Gleiche geplant. Der Fundverein Dresden stellt sich  
damit in dankenswerter Weise in den Dienst der Wohlhabens-  
pflege.

**Vergriffenheitsfahrt Oberweisenthal 1924.** Der Allge-  
meine Deutsche Automobilklub, Bezirk Chemnitz, hießt und  
um Veröffentlichung folgender Stellen: In Klasse 1 hatte  
Herr Hans Flader, Jöhstadt auf einem 4,98 Banderer-Wagen  
außer Konkurrenz gestartet. Er durchfuhr in schneller  
Weise die Strecke in 6 Minuten 29,3 Sekunden und erzielte  
noch Albert Schuster, Chemnitz, auf Wanderer-Motorrad 2,76  
PS. in 4 Minuten 45 Sekunden die nächstbeste Zeit des  
Tages. Die Zahl der am Sonntag, den 29. 6. in Oberweisenthal  
anwesenden Kraftfahrzeuge dürfte mit 2000 nicht zu hoch  
angriffen sein.

**Jwidan. Ausbruchversuch.** Der kürzlich vom  
hiesigen Schwurgericht zu mehrjähriger Zuchthausstrafe ver-  
urteilte Hohenstein-Ernstthalener Kommunistenführer und  
Sprengstoff-Mittäter Alexander Hehl durchstieß die Mauer  
seiner Gefängniszelle und versuchte zu entweichen. Der Ver-  
such mißlang.

**Jwidan. Wüste Stadtverordnetenversammlung.**  
Bei Beratung des Haushaltsplanes gab die Beschlußfassung  
über die Bewilligung der Beamtengehälter und der Posten  
1886, Gehalt für den Oberbürgermeister, den Luftst zu  
wüsten Szenen. Die Kommunisten gingen dann aber weiter  
über zu unbeschreiblichen Lärmereien bei Abstimmung über  
den Polizeetat. Nicht wiedergebende Schimpfworte,  
Drohungen, an denen sich kommunistische Tribünenbesitzer  
beteiligten, machten jede Verhandlung unmöglich. Als dann  
Tatsächlichkeiten veräußert werden sollten, verließen die Bürgerlichen  
den Sitzungssaal und die Sitzung wurde abgebrochen.

**Allgemeines 100jähriges Jubiläum.** Die  
hiesige Volkshochschule konnte am 1. Juli ihr 100jähriges Jubiläum  
begehen. Aus diesem Anlaß veranstaltete die Beam-  
tenschaft der Volkshochschule im „Alten Schloß“ eine Feier.

**Polenstein i. B. 550 Polenwandlauer** hatten sich am  
Sonntag in unserer Bergstadt ein Stellbildnis gegeben. Aus  
gangs Sachen kamen sie, um das 22. Landesposanen-  
fest des Sächsischen Jungmännerbundes zu feiern. Auch aus  
der Umgebung war die Bevölkerung hinzugeströmt, um den  
Veranstaltungen zu lauschen. Nach vielen Tausenden sah die  
Menschenmenge, die besonders bei der Abendmüll die  
beiden Gänge der Promenade säumte.

**Wien. Eine neuezeitliche Rußkalle**  
von der Stadt mit einem Kostenaufwande von etwa 10000  
Mark errichtet wurde am 29. Juni eröffnet und der Allgemei-  
heit übergeben. Der Unterbau der geräumigen, an ausreiche-  
reicher Stelle terrassenartig aufgebauten Halle ist aus Beton,  
der obere Teil aus Holz hergestellt.

**Wittstock. Schwere Unglücksfälle.** Eine 40  
Jährige Arbeiterfrau ist hier am Sonnabend auf gefährliche  
Weise ums Leben gekommen. Von einer im Gange befindlichen  
elektrischen Wäschemangel wurde sie eingebracht. In  
einem Zwischensraum von etwa Handbreite eingepreßt wurde  
die Frau von ihrem eigenen Kinde leblos aufgefunden.

**Wittstock. Ein Opfer der Wasserschlän-  
geln.** Am Montag mittags erkrankte beim Ueberqueren  
des Mittelteiches der Arzt Dr. Römer. Trotdem er  
eifriger Schwimmer war, gelangte er in Schlingenslangen, die  
ihn nicht wieder los ließen.

**Leipzig. Ein bürgerlicher Sieg bei den Be-  
zirktagswahlen.** Am 27. Juni wurden die Wahlen  
zum Bezirkstag des Bezirksverbandes der Amtshauptmann-  
schaft Leipzig abgehalten. Bis früher die Amtshauptmann-  
schaft die Aufsichtsbehörde für die Gemeinden, der alle Orts-  
gerichte und auch gewisse Beschlüsse der Gemeindevorstände  
zur Genehmigung vorgelegt werden mußten, so ist heute der  
Bezirksausschuß die Aufsichtsbehörde mit dem Einspruchsrecht  
gegen nicht ordnungsgemäß zustande gekommene Besetze und  
Beschlüsse. Welche Gefahren für die ordnungsgemäße Ver-  
waltung durch eine allzustarke Rationalisierung eingetreten  
wären, wird ohne weiteres einleuchten. Deshalb ist es erfreu-  
lich, daß die Wahlen eine, wenn auch knappe, bürgerliche  
Mehrheit erracht haben. Es wurden nämlich gewählt: 10  
bürgerliche, 10 sozialistische und 8 kommunistische Vertreter.

**Leipzig. Entlassung der Bauarbeiter.** Da  
die Arbeit in den bestreikten Betrieben des Leipziger Baugewer-  
bes zu der am Donnerstag mittag festgesetzten Frist nicht  
aufgenommen wurde, haben die Arbeitgeber am Freitag  
abend die Betriebe geschlossen u. sämtliche organisierten Bau-  
arbeiter entlassen. Vom Sonnabend an ruht die Arbeit im  
Baugewerbe.

**Leipzig. Großfeuer.** In der Nacht zum Montag ge-  
gen 12 Uhr brach im benachbarten Witzsch im Stallgebäude  
des Obstplantagenbesizers Dörfel aus bisher nicht bekannte  
Ursache Feuer aus, das sich bald auf das Wohnhaus aus-  
breitete. Vom Wohnhaus sprang das Feuer auf die be-  
nachbarten Seitengebäude über, in denen sich die Schrotmühl-  
und die Rehmühle befanden. Wie diese beiden Gebäude  
wurde auch eine mit Neu gefüllte Scheune und eine Windtur-  
bine ein Raub der Flammen.

**Leipzig. Unwetter-Schäden.** Das am Sonn-  
abend über die Stadt und die Umgegend ziehende Gewitter  
hat mehrfachen Schaden angerichtet. Der 19jährige Sohn des  
hiesigen Gartenbesizers Hofmann, der sich auf einer Wiese  
aufhielt, wurde vom Blitz getroffen und verstarb auf dem  
Transporte nach dem Krankenhaus.

### Neues aus aller Welt.

**Tragisches Ende eines Schützenfestes.** Einen traurigen  
Ausgang nahm ein Schützenfest in Rüdigsdorf bei Nordhau-  
sen. Der Schütze Sander wollte den Scheibenstand kontrollie-  
ren. Der Schütze Schönmann, der glaubte, das Schießfeld sei  
frei, schoß und traf seinen Kameraden Sander, der in dem  
Augenblick aus der Dedung hervortrat, mitten ins Herz. Er  
war sofort tot.

**Schwere Grubenkatastrophe in Halifax.** Nach Meldungen  
aus Halifax hat sich auf der Grube Stellarton eine schwere  
Grubenexplosion ereignet. Von ca. 150 unter Tage arbeiten-  
den Bergleuten konnten 85 am Tagelicht befreit werden,  
aber noch 75 Bergleute sind in der Grube eingeschlossen und  
wahrscheinlich verloren.

**Die Abschaffung der amerikanischen Einwanderungsquote.**  
Präsident Coolidge gab gestern die für die Einwanderung  
in die Vereinigten Staaten zugelassenen Zahlen der Einwanderer  
bekannt. Von heute ab bis Ende Juni nächsten Jahres  
sind zugelassen 162 000 gegen 358 000 Einwanderer der  
letzthigen Quote. Im einzelnen dürfen einwandern: aus  
Deutschland 51 227 gegen 180 607 im Vorjahre, aus  
Österreich 785 (früher 7842); aus der Tschechoslowakei  
8078 (früher 14 856); aus Polen 5882 (früher 39 978). Alle  
übrigen Länder erfahren gleichfalls starke Verabsetzungen.

### Punkte Drahtnachrichten.

**Dr. Luther über die Reichsfinanzlage.**

Berlin, 2. Juli. Der Berliner Vertreter des „Ro-  
terbamben Courant“ berichtet seinem Blatt über eine Un-  
terredung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Luther über die  
Finanzlage des Reiches. Auf den Hinweis, daß aus dem letz-  
ten Reichsbankausweis vielfach die Ansicht entnommen wor-  
den sei, die Finanzlage des Reiches sei außerordentlich gün-  
stig, erwiderte der Minister, bei Beurteilung der Finanzver-  
hältnisse Deutschlands müsse man die Finanzlage und die  
augenblickliche Kassenlage genau auseinanderrufen. Das  
Guthaben des Reiches hat seinen Höhepunkt am 28. Juni mit  
etwa 450 Millionen erreicht und ist seitdem so gesunken, daß  
es nur noch etwa 300 Millionen aufweist. Die jetzt noch vor-  
handenen 300 Millionen setzen sich zusammen aus etwa 180  
Millionen Erlösen aus der Regelung kurzfristiger Renten-  
bankguthabenschel, aus 100 Millionen Forderung der Renten-  
bank, die ebenfalls kurzfristig ist, und aus dem Guthaben der  
Reichsdruckerei (Betriebsfonds) von etwa 10 Millionen. Der  
dann noch verbleibende Rest von 80 Millionen ist als ein-  
ziger Betriebsfonds für die innere Verwaltung mit rund  
8 Milliarden Jahresumsatz völlig unzureichend, sodas auf  
seine ständige Auffüllung durch kurzfristige Kredite gerechnet  
werden muß. Selbstverständlich ist, daß aus dem Erlös solcher  
kurzfristiger Anleihen die Verpflichtungen des Reiches nicht  
wirklich bezahlt werden können. Vielmehr kann das Reich  
zahlungen nur insoweit leisten, als diesen Zahlungen dauer-  
hafte Einnahmen in Gestalt von langfristigen Anleihen gegen-  
überstehen. Der dem Reichstag kürzlich zugestellte Haushalts-  
plan für 1924 weist einen Fehlbetrag von 470 Millionen Mark  
auf. Wenn das Reich trotzdem noch immer zahlungsfähig ge-  
blieben ist, so beruht das darauf, daß im neuen, seit dem 1.

April laufenden Rechnungsjahres noch gewisse Beträge aus  
den in den Wintermonaten erhobenen einmaligen Steuern  
aus den Darlehen, die die Reichsbank dem Staat gegen-  
mäßig gegeben hat, entnommen werden konnten. Freilich  
stehen diesen Beträgen die Aufwendungen gegenüber, die  
das Reich, um seine Währung zu erhalten, für den Ankauf des  
Goldanleihe hat machen müssen. Andererseits ist das Gesamt-  
ergebnis der Steuern in den ersten Monaten des Rechnung-  
jahres 1924 etwas günstiger gewesen. Nur dadurch und durch  
die dauernd fortgesetzte Ausgabenbeschränkung ist es überdau-  
rig möglich gewesen, bisher die Kosten zu tragen, die Deutschland  
durch die noch immer andauernde Besetzung des Rheins und  
Ruhrgebietes einschließlich der Vorenhaltung der dortigen  
Polizeimännen auferlegt werde, obwohl im Sachverständigen-  
gutachten auf deutsche bargelegt ist, daß die deutsche Wirt-  
schaft diese Kosten nicht aufzubringen vermag. Nach  
Schätzungen, die vor einigen Tagen gemacht worden sind, wird  
das Reich am 1. Oktober einen Fehlbetrag von etwa 140 Mil-  
lionen Mark haben, zu dessen Abdeckung weiter neue Steuern  
möglichst rasch noch eine langfristige Anleihe in Aussicht  
steht. Die Lage der deutschen Wirtschaft beginnt jetzt wirt-  
lich verzweifelt zu werden. Angesichts der Fülle der Steuer-  
erhöhungs- und Steuererlassungsanträge muß man mit größter  
Sorge in die Zukunft blicken. In dem erwähnten Fehlbetrag  
von 140 Millionen Mark ist übrigens der Reichsbeitrag für  
die Reparationsleistungen der Ruhrkohlenindustrie im Juli  
nicht eingerechnet, und die Reichsregierung hat sich zu dieser  
finanzstellen Beiträge nur entschlossen, um der Welt zu zeigen,  
daß Deutschland äußerste Anstrengungen zu machen bereit ist,  
damit das Sachverständigengutachten von Deutschlands Seite  
nicht gefährdet wird. Die Frage der Dedung dieses Fehlbet-  
rages wird nicht geringe Schwierigkeiten bereiten.

### Noch keine Befriedigung in der Beamtenbezahlung.

Berlin, 2. Juli. Der Allgemeine Deutsche Beamten-  
band veranstaltete gestern zwei große Kundgebungen gegen die  
geringe Aufbesserung der Beamtengehälter in den unteren  
Bezahlungsklassen. Die Redner forderten unter Zu-  
stimmung der Versammlung die Aufhebung des Ermäch-  
tigungsgesetzes, ein neues Bezahlungsgesetz und die Reorganisa-  
tion der Beamtenschaft auf gewerkschaftlicher Grundlage.

### Zur Wohnungslosigkeit der Ausgewiesenen.

Berlin, 1. Juli. Der Reichsausschuß für die be-  
belegten Gebiet begonnenen 1500 bis 2000 Wohnungsbauteil  
gewiesene Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reiches, der  
Länder und der Gemeinden, die im unbelegten Gebiet eine  
entsprechende Wohnung und Beschäftigung haben, sind, soweit  
nicht dringendes Dienstinteresse entgegensteht, erst zur Rück-  
kehr verpflichtet, wenn eine ausreichende Wohnung und ent-  
sprechende Beschäftigung ihnen nachgewiesen werden kann.  
Die Reichsregierung hat nach Möglichkeit dafür zu sorgen,  
daß den Ausgewiesenen, Verdrängten und entlassenen Be-  
amten Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Die im  
belegten Gebiet begonnenen 1500 bis 2000 Wohnungsbauteil  
des Reiches sind beschleunigt zu vollenden, Mittel sind bereit  
zu stellen, ebenso erforderlichenfalls den Gemeinden zur För-  
derung des Wohnungsbaues Kredite zur Verfügung zu stellen.  
Der Wohnungsaustausch zwischen dem belegten und unbele-  
gten Gebiet ist zunächst zu fördern.

### Keine Entlassungen im Ruhrgebiet.

Berlin, 2. Juli. Wie aus der Meldung über die  
Überhebung des Ruhrkohlenpreises um 20 Prozent für Juli  
noch berichtet wird, ist in der Versammlung der Reichsbesitzer  
des Rheinlandes und Westfalen die Ansicht umfänglich  
betriebsstilllegungen fallen gelassen worden. Man will zu-  
nächst abwarten, ob nicht infolge der Kohlenpreiserhöhung  
eine Dedung des Absatzes eintritt.

### Noch ein Prozeß zum Rathenau-Mord.

Berlin, 2. Juli. Das Verfahren gegen das Mitglied  
der Organisation C, den in München verhafteten Studenten  
Günther Brandt, dem die Missetatung bei der Bereitstellung  
des Automobils für die Ermordung Rathenaus zur Last ge-  
legt wird, steht vor dem Abschluß. Das Hauptverfahren wird  
voraussichtlich in der zweiten Augusthälfte den Staatsgerichts-  
hof beschäftigen. Es steht noch nicht fest, ob die Anklage wegen  
Beihilfe zum Mord oder Unterlassung einer Anzeige erhoben  
werden wird.

### Auch Japan in London vertreten.

London, 1. Juli. Dem Reuterschen Büro zufolge hat  
Japan die Einladung zur Teilnahme an der bevorstehenden  
internationalen Konferenz in London angenommen. Es wird  
durch seine Botschafter in Paris und London vertreten sein.

### Amtliche Bekanntmachung.

Mittwoch, den 3. Juli 1924, vormittags 10 Uhr  
findet im Fringeh-Wartenliste in Schwarzenberg-Sachsen-  
feld ein  
Beizistea  
statt. Die Verhandlungen sind öffentlich.  
Schwarzenberg, den 1. Juli 1924.  
Die Amtshauptmannschaft.

### Versteigerung.

Am Freitag, den 4. Juli 1924 vormittags 10 Uhr sollen  
im Versteigerungssaal des Amtsgerichts hier ein großer  
Posten Aluminiumwaren, z. B. Stettler, Rasterhälten,  
Gerbeher, Kasko, und Ledosen, Schöpfköpfe, Fischlöcher,  
Durchschläge, Seifenschalen, Leichter und Rohndürstenhalter,  
ein Behälter mit etwa 80 Kilo Kattun und ein Rollen Bad-  
papier gegen sofort Barzahlung öffentlich versteigert werden.  
Aus, am 2. Juli 1924. Der Gerichtsvollzieher.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Hans Seidmann  
Vred u. Berl.: Kurt Dand u. Verlagsdirektor m. h. S.

### Slé schwitzen

und pusten und vergessen, das die Krügerol-Katarrh-Bombom  
mit dem antiseptisch wirkenden Zusatz, im Sommer eine ideale  
Erfrischung sind, die von Radlern, Fußballspielern und  
Touristen stets gern reinkult werden. Überall dort zu  
haben, wo die Kahlma im Fenster.

# Circus Charly eingetroffen!

heute abend 8 Uhr Eröffnungsvorstellung.  
Platz an der Schwarzwasserstraße.  
Bitte mit allen schon hier gewiesenen Circussen nicht zu vergleichen  
Circus Charly übertrifft alles, was bis jetzt geboten wurde. Bitte  
selbst zu urteilen. Näheres durch Zettel. Die Direktion.

